

Antrag auf Genehmigung einer Ausnahme zum Einzugsbereich eines Fachklassenstandortes im Freistaat Sachsen gemäß § 25 Absatz 5 SächsSchulG

Die erste Seite ist durch den Antragsteller auszufüllen.

Name, Vorname	
geb. am (TT.MM.JJJJ)	
Anschrift Hauptwohnsitz: (nach § 21 Absatz 2 Bundesmeldegesetz)	
Ausbildungsberuf:	
Ausbildungsbeginn: (MM.JJJJ)	
Anschrift des Ausbildungsbetriebes:	
Zuständiges Berufliches Schulzentrum (Pflichtschule):	
Gewünschtes Berufliches Schulzentrum (Wunschschule):	

Begründung für den Wunsch, ein Berufliches Schulzentrum (BSZ) außerhalb des Zuständigkeitsbereiches zu besuchen (Bitte entsprechende Nachweise beifügen):

- | | |
|--|---|
| ☐ Besondere soziale Umstände | ☐ Verkehrsverhältnisse |
| ☐ Betriebliche Verbundausbildung* | ☐ andere Gründe (Einzelfall) |

Ausführliche Begründung (ggf. auf einem gesonderten Blatt darstellen):

* in Abstimmung mit dem Ausbildungsbetrieb

☐ Die angefügte Information über die Erhebung personenbezogener Daten mit Kenntnis oder unter Mitwirkung des Betroffenen nach Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung habe ich zur Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift der/des Auszubildenden (bei minderjährigen Auszubildenden die Unterschrift der Eltern)

Entscheidung über den Antrag

(nicht durch die Antragstellerin oder den Antragsteller auszufüllen):

Die beantragte Genehmigung wird durch die **Wunschschule**

☐ erteilt.

☐ nicht erteilt.

☐ Verbundausbildung – zeitlich und organisatorisch passfähig

☐ Verbundausbildung – zeitlich und organisatorisch nicht passfähig

☐ sonstige Tatbestände (siehe Begründung)

Begründung:

Datum, Unterschrift Schulleiter/in

(Stempel)

Das **Landesamt für Schule und Bildung** stimmt der o. g. Genehmigung:

☐ zu.

☐ nicht zu.

Begründung für die Nichterteilung der Zustimmung:

Datum, Unterschrift Bearbeiter/in

(Stempel)

Anlage zum Antrag auf Genehmigung einer Ausnahme zum Einzugsbereich eines Fachklassenstandortes im Freistaat Sachsen gemäß § 25 Absatz 5 SächsSchulG

(von einer bevollmächtigten Vertreterin oder einem bevollmächtigten Vertreter des Ausbildungsbetriebes auszufüllen)

Die/der Auszubildendebeantragt,
Vorname, Name

im Rahmen der Ausbildung zur/zum
Ausbildungsberuf

anstelle des BSZ
Pflichtschule

den Besuch des BSZ
Wunschschule

Die Antragstellung wird durch die bevollmächtigte Vertreterin oder den bevollmächtigten Vertreter des Ausbildungsbetriebes

☐ befürwortet.

☐ nicht befürwortet.

Stellungnahme des Ausbildungsbetriebes

(bei Beantragung aufgrund betrieblicher Verbundausbildung zwingend erforderlich):

Datum

(Stempel)

Vorname, Name
in Vertretung des Ausbildungsbetriebes